



Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen Ortsverband Wedemark Kommunalwahl 2026

Präambel

Klimaschutz ist für die Wedemark kein abstraktes Fernziel, sondern zentrale Voraussetzung für Lebensqualität, Sicherheit und Zukunftsfähigkeit vor Ort. Die Gemeinde ist Handlungsraum mit unmittelbaren Wirkungen: Durch Energieeinsparung, lokalem Ausbau erneuerbarer Energien, klimaschonende Mobilität und naturbasierte Anpassungsmaßnahmen reduzieren wir Emissionen, senken Folgekosten und erhöhen die Resilienz von Infrastruktur und Siedlungsräumen. Zugleich verbinden wir Klimaschutz mit dem Erhalt und der Stärkung von Biodiversität, Wasserrückhalt, Moor- und Walderhaltung sowie klimagerechter Flächen- und Siedlungsentwicklung.

Unser Anspruch ist eine sozial gerechte Transformation. Klimaschutzmaßnahmen müssen Familien, Erwerbstätige, Ehrenamtliche und Landwirt*innen mitnehmen, Arbeitsplätze sichern und regionale Wertschöpfung fördern. Belastungen verteilen wir gerecht, Förderangebote und Beratungsangebote richten sich insbesondere an jene, die Unterstützung brauchen. Klimaschutz und Klimafolgenanpassung sollten nicht als zusätzliche Last empfunden werden, sondern im Alltag praktisch nutzbar sein: begrünte Schulhöfe und öffentliche Räume, Hitzeschutz und Schatten, gesicherte Trinkwasserversorgung, Rückzugsorte für Menschen und Natur sowie effiziente, barrierefreie Mobilitätsangebote.

Wir setzen auf Transparenz, Beteiligung und messbare Ziele: Entscheidungen werden CO₂-orientiert bewertet, Fortschritte regelmäßig kommuniziert und Erfolge objektiv geprüft. Die Gemeinde fördert Digitalisierung, Energieeffizienz in Gebäuden und klimafreundliche Beschaffung ebenso wie regionale Kooperationen bei Windkraft, Agri-PV und Energiespeichern. Klimafolgenanpassung ist integraler Bestandteil aller Planungen – vom Hochwasser- und Wassermanagement bis zur Grünland- und Biotopvernetzung.

Beteiligung und Partizipation sind zentral: Wir binden Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Unternehmen und Ehrenamtliche ein, nutzen lokale Expertise und fördern Jugendbeteiligung. Bildung, Information und praktische Unterstützungsangebote sollen Bewusstsein schaffen und Handlungsmöglichkeiten erweitern. Die Verwaltung stellt sich als lernende Organisation auf, holt bei komplexen Vorhaben frühzeitig externe Fachkenntnis ein und gestaltet Prozesse transparent und nachvollziehbar.

Unser Ziel ist ein messbarer Beitrag zur Emissionsminderung und gleichzeitig mehr Lebensqualität vor Ort: Die Wedemark soll bis 2030 resilienter, grüner und nachhaltiger werden. Jeder Beitrag zählt — lokal ergriffene Maßnahmen sind Teil globaler Verantwortung. Gemeinsam gestalten wir den Wandel sozial gerecht, effektiv und zukunftsfähig.

Wedemark, Juni 2026

Inhalt

Präambel	1
1. Kinder, Jugend und Bildung	4
2. Medizinische Versorgung	5
3. Gleichstellung und Teilhabe	6
4. Verkehr und Mobilität.....	8
5. Bauen und Wohnen	9
6. Energie und Wärme	10
7. Natur-, Landschafts- und Tierschutz	11
8. Kommunales Wassermanagement	13
9. Beteiligung und soziales Miteinander	15
10. Inklusion.....	16
11. Landwirtschaft	17
12. Klimawandelfolgenanpassung.....	18
13. Abfallmanagement	19
14. Finanzen und Verwaltung	20
15. Umsetzung, Monitoring und Priorisierung	22
16. Schlussbemerkung.....	23

1. Kinder, Jugend und Bildung

Gute Bildung und verlässliche Betreuung sind zentrale Voraussetzungen für Chancengleichheit, frühe Förderung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir sehen Kitas, Schulen und außerschulische Angebote als Lern- und Lebensräume, in denen Inklusion, psychische Gesundheit, digitale Kompetenz und berufliche Orientierung systematisch gefördert werden. Qualität der Betreuung, ausreichende Personalressourcen und flexible Angebote für moderne Arbeitsrealitäten sind hierfür gleichermaßen notwendig.

Wir setzen uns ein für

- den adäquaten Ausbau von KiTa- und Kinderkrippenplätzen und verbesserte Personalschlüssel (Umsetzung NKiTaG-Vorgaben).
- gezielte Anwerbung und Qualifizierung von pädagogischen Quereinsteiger*innen und Weiterbildung für Erzieher*innen.
- flexibilisierte Betreuungszeiten (Feuerwehrkraft, Schichtangebote, Kooperation mit Unternehmen) und bessere Bündelung von Tagesmütter-/Tagesväter-Angeboten.
- die Stärkung der Schulsozialarbeit (mehr Personal auch an Grundschulen, Schulpatenprogramme, etc.).
- verbesserte Ganztagsbetreuung: Einbindung lokaler Vereine und Musikschulen, nachhaltiges Mensaessen mit Ausbau vegetarischer/veganer Angebote,.
- gezielte Inklusionskoordination, Nachteilsausgleiche und transparente Übergangsberatung zwischen Schulformen.
- die frühzeitige Berufsorientierung durch Netzwerke mit lokalen Unternehmen, Praktika und Schnupperkurse.
- einen Runden Tisch Schulbeginn (gemeinsam mit Schulen, Eltern, Schüler*innen, Lehrkräften, Verwaltung, Vereinen und Schülerbeförderung)
- Schulen und Kitas als klimaangepasste Lebensorte. Es fehlen noch Hitzeschutz, mehr Schatten, begrünte Schulhöfe, sichere Trinkwasserversorgung und Rückzugsorte – diese Themen sollen künftig Schwerpunkte der Taskforce Klimaschutz der Gemeindeverwaltung werden.

2. Medizinische Versorgung

Eine wohnortnahe, gut erreichbare medizinische Versorgung ist Teil der Daseinsvorsorge. Dem anhaltenden Hausärztemangel begegnen wir durch attraktive Ansiedlungsbedingungen, interprofessionelle Versorgungsmodelle und bessere Vernetzung von Praxis, ambulanter Versorgung und Klinikstrukturen in der Region. Barrierefreiheit und die besondere Versorgung vulnerabler Gruppen sind dabei integraler Bestandteil.

Wir setzen uns ein für

- ein Praxisnachfolge-Monitoring, welches gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung aufgebaut werden soll.
- eine aktive Ansiedlungsförderung bei Bedarf für z.B. Kinderärzt*innen, Hausärzt*innen etc. (Mitfinanzierung von Praxisräumen, Wohnungsangebote, Ausbildungszuschüsse).
- Ausbau der nicht-ärztlichen Praxis- und Versorgungsassistenz in der Hausarztpraxis im Rahmen eines Primärversorgungszentrums unter Aufsicht eines Hausärzt*innen-Netztes.
- gezielte Maßnahmen zur Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) und bei Zugangswegen zu medizinischen Einrichtungen.
- Unterstützung für Nachbarschafts- und Telemedizinlösungen, um Erreichbarkeit und Kontinuität der Versorgung zu verbessern.

3. Gleichstellung und Teilhabe

Gleichstellung im Alltag: sicher wohnen, gut teilhaben, gerecht entscheiden.

Gleichstellung ist für uns keine Randfrage, sondern ein zentrales Element guter Kommunalpolitik. Sie entscheidet sich im Alltag – bei bezahlbarem Wohnraum, sicheren Wegen, guter Mobilität, erreichbarer Beratung, barrierefreien Veranstaltungen, fairen Chancen auf Bildung und Arbeit sowie politischen Entscheidungen, die die Lebensrealitäten aller berücksichtigen. Die Gemeinde Wedemark soll Gleichstellung als Querschnittsaufgabe ernst nehmen und Auswirkungen politischer Entscheidungen auf Frauen, Männer, Alleinerziehende, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationsgeschichte, queere Menschen und Menschen in unterschiedlichen sozialen Lebenslagen systematisch prüfen.

Unser Ziel ist eine Wedemark, in der alle Menschen sicher, selbstbestimmt und gleichberechtigt leben können. Gleichstellung bedeutet für uns keine Symbolpolitik, sondern konkrete Verbesserungen im Alltag: bezahlbares Wohnen, sichere Wege, gute Beratung, faire Chancen, barrierefreie Teilhabe und politische Entscheidungen, die die Wirklichkeit der Menschen ernst nehmen.

Wir setzen uns ein für

- die verbindliche Verankerung von Gleichstellungs- und Teilhabeprüfungen in Beschlussvorlagen und kommunalen Projekten durch einen verständlichen Gleichstellungs- und Teilhabe-Check.
- die frühzeitige und verbindliche Einbindung der Gleichstellungsbeauftragten in Planungs- und Entscheidungsprozesse.
- eine wirkungsorientierte Haushaltssteuerung: öffentliche Mittel sollen auf Teilhabe und Abbau bestehender Benachteiligungen ausgerichtet werden (z. B. Sport, Kultur, Bibliothek, Jugend, Mehrgenerationenhaus, Vereinsförderung, Veranstaltungen) mit transparenter Evaluation, wer Angebote nutzt und wer fehlt.
- eine gezielte Wohnungspolitik mit Fokus auf kleinere, bezahlbare Wohneinheiten für Alleinlebende, Alleinerziehende, ältere Menschen und Menschen mit geringem Einkommen.
- die konsequente Umsetzung des Altenhilfeplans mit wohnortnaher Beratung, Angeboten gegen Einsamkeit, besseren Mobilitätslösungen, mehr Begegnungsorten und stärkerer Vernetzung von Pflege, Ehrenamt, Vereinen und Verwaltung; zudem aktive Ansprache Älterer für Ehrenamt.

- Sicherheits-Checks öffentlicher Räume und gezielte Maßnahmen (Beleuchtung, klare Wegführung, Rückschnitt, barrierefreie Zugänge, sichere Fahrradabstellplätze, Aufenthaltsqualität) zur Verringerung von Angsträumen.
- den Ausbau und dauerhafte Sicherung niedrigschwelliger, wohnortnaher Beratungsangebote für Opfer von Gewalt (häusliche Gewalt, Stalking, sexualisierte Gewalt, Trennung, finanzielle Abhängigkeit) sowie Prävention und sichtbare Information über Hilfsangebote.
- verbindliche Schutzkonzepte, Hausordnungen und Beschwerdewege in allen kommunalen Unterkünften, die Schutz, Privatsphäre und Würde gewährleisten.
- mehr wohnortnahe Sprach- und Integrationsangebote sowie bessere Vereinbarkeit mit Kinderbetreuung und flexiblen Zeiten, um die Teilhabe und Arbeitsmarktchancen insbesondere für geflüchtete und zugewanderte Frauen zu verbessern.
- Barrierefreiheit als Standard: barrierefreie Planung öffentlicher Veranstaltungen, zugängliche und verständliche Informationen sowie inklusive Spielplätze und Beteiligungsformate.
- Maßnahmen zur Stärkung von Frauen in Ehrenamt, Vereinen, Feuerwehr und Führung (gezielte Ansprache, familienfreundliche Strukturen, Mentoring, Anerkennung), damit Frauen sichtbarer werden und Führungsverantwortung übernehmen können.

4. Verkehr und Mobilität

Mobilität muss sicher, klimafreundlich und für alle nutzbar sein. Dazu gehört ein leistungsfähiger, verlässlicher öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV), ein dichtes und sicheres Rad- und Fußwegenetz, Elektroinfrastruktur sowie attraktive Alternativen zum privaten PKW. Verkehrsplanung soll Lebensqualität in den Ortskernen erhöhen, Unfallrisiken minimieren und die Gemeinde resilient gegenüber verkehrsbedingten Emissionen machen.

Wir setzen uns ein für

- einen besseren ÖPNV-Takt, zuverlässige S-Bahn/Busverkehre, Nachverhandlungen mit Anbietern und bessere Barrierefreiheit.
- Umsetzung des bereits geplanten Rad- und Fußwegenetzes (nach den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) sowie den Empfehlungen für Fußverkehrsanlagen (EFA)), sicherer Schulwege und Querungshilfen.
- mehr öffentliche Ladeinfrastruktur, die Entwicklung von Quartiers- und Carsharing-Angeboten sowie Fahrradboxen mit Stromanschluss.
- Verkehrsberuhigung an Unfallschwerpunkten, Tempo-30-Zonen dort, wo Leben und Sicherheit leiden, und kreative Platzgestaltungen für Fußgänger*innen.
- die Förderung von Pendler- und Mobilitäts-Apps, Fahrrad & Ride, Park & Ride-Anbindungen.
- Eine sichere Zuwegung zum MTV Mellendorf

5. Bauen und Wohnen

Bezahlbarer, klimagerechter Wohnraum und eine erhaltenswerte Ortsgestaltung sind Grundlage für eine sozial ausgewogene Entwicklung. Wir fördern genossenschaftliche, gemeinwohlorientierte Modelle, Nachverdichtung an gut angebundenen Standorten und gebietsverträgliche Gestaltung, die Freiräume, Grünachsen und Biotope bewahrt.

Wir setzen uns ein für

- die Förderung genossenschaftlicher und sozialer Wohnprojekte, ggf. kommunale Wohnungsbaugesellschaften oder von Vorkaufsrechten zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums.
- die Reaktivierung von Leerstand für Betriebswohnungen, Orientierung von Neubaugebieten an S-Bahn-Standorten und die Mietpreisbremse.
- eine stärkere Begrenzung von Flächenversiegelung, mehr Grünstreifen statt Parkbuchten, öffentliche Toiletten und Ortskernaufwertung.
- klare Gestaltungsleitlinien, engere Baugrenzen und Maßnahmen gegen Schrottimmobilien.
- Sanierung vor Neubau: Beim Zuzug in die Wedemark sollen baurechtliche Vorgaben Gebäudesanierungen Vorrang vor Neubauten einräumen, wenn dies ökologisch sinnvoll ist. Altholz aus Abrissmassen soll möglichst wiederverwendet werden, um Ressourcen zu schonen.

6. Energie und Wärme

Die kommunale Wärmeplanung ist der Hebel für die Energiewende vor Ort. Wir wollen aktive Informations- und Beratungsangebote, Förderung dezentraler erneuerbarer Wärme und Quartierslösungen, damit Eigentümer*innen, Unternehmen und Kommunen gemeinsam die Wärmewende gestalten — ökonomisch tragfähig und sozial ausgewogen.

Wir setzen uns ein für

- eine aktive kommunale Wärmeberatung, für Informationskampagnen zur Gebäudedämmung, zu finanziell leistbarer Realisierung von Solarthermie und Wärmepumpen.
- eine Unterstützung von Quartierslösungen und eine Förderung dezentraler, erneuerbarer Wärmeprojekte in Gewerbegebieten.
- den Ausbau kommunaler Beratungsangebote in Kooperation mit Klimabeauftragten und Netzpartnern.
- die Prüfung kommunaler Förderprogramme zur Entlastung von Haushalten bei Wärmewende-Maßnahmen.
- eine Verpflichtung zur Ausstattung öffentlicher Gebäude mit Solarthermie / Photovoltaik, um die Nutzung erneuerbarer Energien zu stärken.
- die Weiterentwicklung von Vorrangflächen für Agri-PV und Bio DIV-PV, um die Kombination von Energiegewinnung und landwirtschaftlicher Nutzung zu fördern.
- den Ausbau von Stromspeichersystemen: Um Stromüberkapazitäten verfügbar zu machen, setzen wir auf den Ausbau moderner Stromspeichersysteme. Dies schließt auch die Einführung von „Smart Meter“-Systemen ein, die eine flexible Gestaltung von Ökostromtarifen für private Wohnflächen ermöglichen.

7. Natur-, Landschafts- und Tierschutz

Biodiversität und der Schutz von Biotopen sind Grundlage stabiler, funktionierender Ökosysteme, unserer Lebensqualität und künftiger Klimaresilienz. Artenreiche Wiesen, Moore, Wälder, Hecken, Gewässerränder und alte Baumbestände speichern Wasser, kühlen die Landschaft, binden CO₂ und bieten Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Die Gemeinde muss ihre Planungen konsequent an Biodiversität, Biotopvernetzung, Renaturierung, natürlichem Wasserrückhalt und geringerer Versiegelung ausrichten; bessere Kompensationsplanung, bürgernahe, transparente Flächenplanung sowie die Vereinbarkeit von Naturschutz mit Landwirtschaft und Erholung sind Voraussetzung für eine lebenswerte Wedemark.

Wir setzen uns ein für

- eine Umsetzung der Biotopvernetzung, die Förderung grüner Brücken/Wildquerungen und den Schutz wichtiger Forst- und Moorflächen.
- die Fortsetzung der bereits seit Jahren erfolgreich durchgeführten Wiedervernässung der Moorflächen durch Förderprogramme, im Dialog mit lokalen Landwirt*innen.
- die aktive Unterstützung der Gemeinde Wedemark für die Kartierung und das Schutzprogramm der Region Hannover, um vorhandene Flächen zu identifizieren und gemeinsam mit Landwirtschaft, Naturschutz und Eigentümer*innen Wege zu ihrem dauerhaften Erhalt zu entwickeln.
- den Schutz der Niedermoorflächen, wegen ihrer Bedeutung als Gebiete mit hohem Grundwasserstand und als Standorte alter Wiesen und Weiden.
- zugängliche Karten und Listen zu Kompensations- und Ausgleichsflächen sowie fachgerechte Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen.
- Maßnahmen zur Entsiegelung, zu Pflanzung strukturreicher Hecken und für klimaresiliente Forstwirtschaft und gegen Schottergärten,
- die Reduktion von Lichtverschmutzung und gezielte Maßnahmen zum Schutz seltener Arten.
- kommunale Programme zur Reduktion von Lebensmittelverschwendung.
- das Monitoring von Renaturierungsmaßnahmen.
- den Schutz von narbenechtem Grünland (Grünland, das sich unter dem Einfluss der traditionellen landwirtschaftlichen Nutzung als Weide oder Wiese über Jahrzehnte, teilweise über Jahrhunderte entwickelt hat und dessen Lebensgemeinschaft aus den an diese Bedingungen und den Standort angepassten Tier- und Pflanzenarten einschließlich Bodenorganismen in ihrer Artenzusammensetzung weder durch Umbruch noch durch Herbizideinsatz und anschließende Neueinsaat grundlegend verändert worden ist) da es ein besonders wertvoller Bestandteil unserer Kulturlandschaft ist.

- die aktive Unterstützung der Region Hannover bei der Kartierung und dem Schutzprogramm für narbenechtes Grünland.
- die Berücksichtigung narbenechter Grünlandflächen bei Bauleitplanung, Ausgleichsmaßnahmen, Landschaftsplanung und Grünflächenmanagement.
- den Erhalt wertvoller Wiesen und Weiden durch Kooperation mit Landwirtschaft, Eigentümer*innen, Naturschutzverbänden und der Region Hannover.
- die Verhinderung der Umwandlung von besonders wertvollen Grünlandflächen in Bau-, Gewerbe- oder intensiv genutzte Flächen.
- die Förderung extensiver Bewirtschaftung, später Mahd, insektenschonender Pflege und regional angepasster Nutzungskonzepte.
- Ein Nachtfahrverbot für Mähroboter, um Igel und andere nachtaktive Kleintiere vor Verstümmelungen zu schützen
- eine grundsätzlich verpflichtende Kastration von Katzen
- eine/einen ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragte*n als Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger bei beobachteten Tierschutzvergehen
- dass die Brut- und Setzzeiten eingehalten werden und Bäume in dieser Zeit nur in Notfällen mit Ausnahmegenehmigung gefällt werden dürfen
- eine flächendeckende Baumschutzsatzung für alle Ortsteile: Zum Schutz der natürlichen Lebensräume setzen wir uns für eine Baumschutzsatzung ein, die das Fällen von Bäumen nur in Ausnahmefällen erlaubt.

Auf dem Friedhof tobt das Leben

Friedhöfe und Flächen rund um Kirchengemeinden sind nicht nur Orte der Trauer, Erinnerung und Begegnung, sondern häufig auch wertvolle Lebensräume. Gerade ältere Friedhofsflächen mit alten Bäumen, Hecken, Mauern, Wiesenbereichen und wenig versiegelten Wegen bieten Rückzugsorte für Vögel, Insekten, Fledermäuse, Kleinsäuger, Moose, Flechten und Wildpflanzen.

Wir setzen uns ein für

- den Erhalt dieser besonderen Biotopstrukturen und die gemeinsam mit Kirchengemeinden, Friedhofsträgern, Naturschutzverbänden und Ehrenamtlichen Weiterentwicklung. Pflegekonzepte sollen Artenvielfalt fördern, ohne die Würde und Funktion dieser Orte zu beeinträchtigen.

8. Kommunales Wassermanagement

Die Klimakrise macht Wasser zu einer zentralen Zukunftsfrage auch für die Wedemark. Längere Trockenphasen, Starkregenereignisse, hohe Grundwasserentnahmen und zunehmender Beregnungsbedarf stellen Landwirtschaft, Natur und Siedlungen vor große Herausforderungen. Wir wollen deshalb ein kommunales Wassermanagement auf den Weg bringen, das Starkregen, Dürre, Grundwasser, Entwässerung, Versickerung, Beregnung und Wasserrückhalt gemeinsam betrachtet. Ziel ist eine Schwamm-Landschaft, die Wasser in der Fläche hält, Böden schützt, Ernten sichert, Hochwasserfolgen mindert und die Biodiversität stärkt.

Dazu gehören der Erhalt und die Wiederherstellung von Mulden, Feuchtflächen, Gräben, Gewässerrandstreifen, Mooren, Grünland und Retentionsräumen ebenso wie die Förderung wassersparender Beregnungstechnik, digitaler Bodenfeuchtemessung, Humusaufbau und klimaangepasster Bewirtschaftung. Gemeindeeigene Flächen sollen stärker für Wasserrückhalt, Biodiversität und nachhaltige Landnutzung genutzt werden.

Abwasser als Ressource begreifen

Auch bei der Abwasserbehandlung müssen wir langfristiger und stärker in Kreisläufen denken. gereinigtes Wasser, Nährstoffe und Energie dürfen nicht nur als Entsorgungsfrage betrachtet werden, sondern können Teil einer nachhaltigen kommunalen Kreislaufwirtschaft sein. Wir wollen deshalb prüfen, wie die Wedemark ihre Abwasserinfrastruktur zukunftsfähig weiterentwickeln kann — etwa durch eine vierte Reinigungsstufe zur Reduzierung von Spurenstoffen, Medikamentenrückständen und Mikroverunreinigungen, durch bessere Nutzung von Energiepotenzialen sowie durch Konzepte, mit denen Wasser möglichst lange in der Region gehalten und sinnvoll genutzt werden kann.

Zugleich soll geprüft werden, ob langfristig Kooperationen mit Nachbargemeinden oder ein gemeinsames größeres Klärwerk ökologische, technische und wirtschaftliche Vorteile bringen können. Dabei müssen Investitionskosten, Betriebskosten, Energieverbrauch, Wasserhaushalt, Entsorgungssicherheit, Fördermöglichkeiten und mögliche Synergieeffekte transparent bewertet werden. Ziel ist eine moderne, bezahlbare und nachhaltige Abwasserinfrastruktur, die Umwelt und Gewässer schützt, Ressourcen schont und die Wedemark auf kommende Anforderungen vorbereitet.

Wir setzen uns ein für

- die Erarbeitung eines kommunalen Wassermanagementkonzepts für die Wedemark.
- die Stärkung des Wasserrückhalt in der Landschaft durch Mulden, Feuchtflächen, Grabenmanagement, Gewässerrandstreifen, Retentionsräume, Moore und Grünland.
- die Förderung wassersparender Beregnungstechnik, digitaler Bodenfeuchtemessung, Humusaufbau und klimaangepasster Bewirtschaftung.
- die Nutzung gemeindeeigener Flächen für Biodiversität, Wasserrückhalt, extensive Bewirtschaftung und nachhaltige Landnutzung.

- die Prüfung einer vierten Reinigungsstufe in der Abwasserbehandlung zur Reduzierung von Spurenstoffen, Medikamentenrückständen und Mikroverunreinigungen.
- die Prüfung der Möglichkeiten zur Nutzung von Energie, Nährstoffen und gereinigtem Wasser im Sinne einer kommunalen Kreislaufwirtschaft.
- die langfristige Prüfung interkommunaler Lösungen mit Nachbargemeinden, etwa eines gemeinsamen größeren Klärwerks, um ökologische, technische und wirtschaftliche Synergieeffekte zu nutzen.
- die Transparente Bewertung von Kosten, Nutzen, Fördermöglichkeiten, Klimawirkung und Auswirkungen auf den regionalen Wasserhaushalt bei allen größeren Investitionen in die Abwasserinfrastruktur.

9. Beteiligung und soziales Miteinander

Die Wedemark hat bereits starke Engagementstrukturen – von Freiwilligenagentur und Mehrgenerationenhaus über Vereine, Feuerwehr und Beiräte bis zu Kultur-, Sport-, Umwelt- und Sozialinitiativen. Diese gewachsene Vielfalt wollen wir sichern, stärken und sichtbar machen. Ehrenamtliche sollen verlässliche Unterstützung erhalten, Räume leichter nutzen können und weniger Bürokratie erleben. Wir fördern Beteiligungsformate mit konkreten Ergebnissen, stärken Jugendbeteiligung und unterstützen Ehrenamtliche wirkungsvoll – von Feuerwehr und Sportvereinen bis zu Umweltinitiativen. Besonders Menschen mit Behinderung, mit Migrationsgeschichte, junge Menschen und bislang wenig erreichte Gruppen sollen leichter Zugang zu Beteiligung und Engagement bekommen.

Wir setzen uns ein für

- die Anerkennung und Stärkung des Ehrenamts (Ehrenamtspass, jährliche Würdigung, bessere Vernetzung).
- eine Nachwuchsgewinnung für Feuerwehr, Vereine und Umweltorganisationen durch Schulprojekte und niedrigschwellige Angebote.
- die Einrichtung von Projektfonds für Schüler*innen, thematischen Bürgerräten und regelmäßigen Bürgerdialogen.
- bessere Öffnungszeiten für Sportstätten, integrative Projekte und transparente Kommunikation von Beteiligungsergebnissen.
- eine langfristige Sicherung der Freiwilligenagentur und des Mehrgenerationenhauses und diese als zentrale Orte für Engagement, Beratung, Begegnung und Vernetzung stärken.
- die regelmäßige Durchführung der Ehrenamtsmesse bzw. eines Engagement Tages, um Vereine, Feuerwehr, Sport, Kultur, Umweltgruppen und soziale Initiativen sichtbar zu machen.
- die stärkere Bewerbung der Ehrenamtskarte und die Gewinnung lokaler Unternehmen als Unterstützer.
- die Sicherstellung von bestehenden Begegnungsorten in den Ortsteilen, um diese besser auszulasten und für Vereine, Initiativen, Jugendgruppen und Nachbarschaftsprojekte leichter zugänglich zu machen.
- eine verstetigte Kinder- und Jugendbeteiligung– etwa durch Jugendbudget, digitale Beteiligungsformate oder ein Jugendparlament.
- Bürgerräte als Ergänzung zu bestehenden Beiräten für konkrete Zukunftsfragen, zum Beispiel Klima, Mobilität, Ortsentwicklung oder Zusammenhalt.
- für eine bessere Sichtbarkeit und den Ausbau von Nachbarschaftshilfe, Besuchsdiensten, Integrationslotsen, Lernpatenschaften und ähnliche Formate.
- die Sicherstellung einer barrierearmen und niedrigschwelligen Beteiligung, damit sich alle Bürgerinnen und Bürger einbringen können.

10. Inklusion

Inklusion ist kein Sonderthema, sondern eine Frage gleicher Rechte, echter Teilhabe und eines selbstbestimmten Lebens. Viele Menschen mit Behinderungen leben, lernen, arbeiten und engagieren sich selbstverständlich mitten in unserer Gesellschaft. Auch in der Wedemark gibt es bereits gute Ansätze. Gleichzeitig stoßen Menschen mit Behinderungen im Alltag weiterhin auf Barrieren. Nicht alle Geschäfte, öffentlichen Gebäude, Veranstaltungsorte, Wege, Haltestellen oder Toiletten sind barrierefrei. Bei öffentlichen Veranstaltungen fehlen teilweise barrierefreie Parkmöglichkeiten, rollstuhlgerechte Toiletten oder klare Informationen zur Zugänglichkeit.

Auch Kommunikationswege sind nicht immer barrierearm. Informationen der Verwaltung, des Bürgeramtes oder zu Mobilitätsangeboten sind nicht durchgängig in einfacher Sprache, digital barrierefrei oder für blinde, sehbehinderte, gehörlose und schwerhörige Menschen gut nutzbar.

Im Bereich Mobilität können Gebietsgrenzen und Buchungsprobleme beim Sprinti-Angebot gerade für mobilitätseingeschränkte Menschen zu erheblichen Hürden werden. In Schulen scheitert gelingende Inklusion manchmal an fehlenden Räumen, langsamer Bereitstellung von Hilfsmitteln oder unklaren Zuständigkeiten. Auch beim Wohnen haben Menschen mit geistigen, seelischen oder mehrfachen Behinderungen oft besondere Schwierigkeiten, eine eigene Wohnung zu finden und dort mit passender Unterstützung selbstbestimmt zu leben.

Nicht zuletzt müssen Menschen mit Behinderungen auch im Krisen- und Katastrophenfall besser mitgedacht werden – besonders dann, wenn sie allein leben oder keine Angehörigen in der Nähe haben.

Wir setzen uns ein für

- Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und im Alltag.
- die Unterstützung kleiner Geschäfte beim Abbau von Barrieren.
- eine barrierefreie Kommunikation
- eine verbesserte, barrierefreie Mobilität und ein überregionales Sprinti-Angebot
- gute Rahmenbedingungen für inklusive Schulen
- mehr selbstbestimmtes Wohnen
- mehr Inklusion in Vereinen, Kultur, Sport und Freizeit
- die stärkere Berücksichtigung nicht sichtbarer Beeinträchtigungen
- die Erstellung inklusiver Notfall- und Katastrophenpläne
- eine verbindliche Beteiligung und ein Barrierefreiheits-Check

11. Landwirtschaft

Landwirtschaft ist Partner für Ernährungssicherheit, Kulturlandschaft und Biodiversität. Wir fördern nachhaltige Betriebsweisen, Direktvermarktung, agrarökologische Maßnahmen und Unterstützung für den Strukturwandel hin zu klima- und tiergerechten Systemen.

Wir setzen uns ein für

- die Einführung einer Gemeinwohlprämie für ökologische Leistungen (Humusaufbau, Biodiversität, Wasserschutz).
- die Förderung von Blühstreifen, Feldvogelfenstern, Agroforstsystemen und extensiven Bewirtschaftungsformen.
- den Aufbau eines landwirtschaftlichen Netzwerks (runder Tisch), Demonstrationshofs, Unterstützung für solidarische Landwirtschaft (SoLaWi) und Direktvermarktung.
- eine Förderung für ökologische Technologien und tiergerechte Umstellungen sowie keine Neubauten industrieller Massentierhaltung.
- den Bau einer Kompostieranlage, die von Grundbesitzern und Gartenbaubetrieben genutzt werden kann. Die Anlage soll über Photovoltaik betrieben werden und Teil des Mehrwerthofkonzepts der Wedemark werden.

12. Klimawandelfolgenanpassung

Der Klimawandel führt zunehmend zu Extremwetterereignissen wie langanhaltender Dürre, Hochwasser und extremer Hitze. Um die Lebensqualität in der Wedemark zu sichern und den Folgen des Klimawandels effektiv zu begegnen, müssen wir mit vorausschauenden und wirksamen Maßnahmen handeln. Unsere Ziele sind eine widerstandsfähige Infrastruktur und der Schutz von Mensch, Natur und Wirtschaft.

Wir setzen uns ein für

- die Unterstützung der Landwirtschaft.
Anhaltende Dürrephasen erfordern innovative Lösungen. Wir setzen auf die gezielte Förderung von Konzepten, die Bewässerungsmaßnahmen und die Nutzung hitze- sowie trockenheitsresistenter Pflanzen in der Landwirtschaft ermöglichen, um ihre wirtschaftliche Zukunft zu sichern.
- die Prävention gegen Hochwasser.
Durch Entsiegelungsmaßnahmen wollen wir die natürliche Wasseraufnahmefähigkeit von Böden verbessern. Unternehmen sollen schrittweise wasserdurchlässige Pflasterungen etablieren, unterstützt durch Anreize wie geringere Abwassergebühren.
- Schutz vor Überschwemmungen.
Um die Auswirkungen von Starkregen abzumildern, setzen wir uns für die Modernisierung der Kanalisation und die Anpassung von Bebauungsplänen in Abstimmung mit Hochwasser- und Starkregenprognosen ein.
- Hitzeschutz für Bürgerinnen und Bürger.
Wir fördern Dach- und Fassadenbegrünung sowie die Errichtung zentraler Hitzeschutzräume („Shelter“), in denen vor allem ältere Menschen Schutz und Kühlung finden können, wenn extreme Hitzeperioden auftreten.

13. Abfallmanagement

Müll ist ein unvermeidbarer Bestandteil unseres modernen Lebens und nimmt durch den steigenden Konsum privater Haushalte immer weiter zu. Unser Ziel ist es, Abfall zu reduzieren, das Recycling zu stärken und Ressourcen effizienter zu nutzen, um unsere Umwelt nachhaltig zu schützen.

Wir setzen uns ein für

- politische Maßnahmen, die Abfallvermeidung fördern und den bewussten Umgang mit Ressourcen unterstützen, gemäß einer klar definierten Maßnahmenpyramide.
- Förderung von Reparaturbetrieben für Alt-Elektrogeräte. Gemeinsam mit den Wertstoffhöfen werden wir ein Konzept zur Baustoffwiederverwertung entwickeln, um Materialien sinnvoll wiederzuverwenden.
- die Unterstützung des Repair Cafés und des Treffpunkt fast geschenkt e.V.
- die Nutzung abgelaufener, aber noch genießbarer Lebensmittel durch große Lebensmittelanbieter. Über Lager- und Abgabesysteme möchten wir auch finanziell schwächeren Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu diesen Lebensmitteln ermöglichen.
- die Errichtung einer Verwertungsanlage: Wir planen die Einrichtung einer Verwertungsanlage speziell für Abfälle aus Abrissmaßnahmen. Diese soll die Wiederverwertung von Materialien fördern und den ökologischen Fußabdruck der Bauwirtschaft verringern.

14. Finanzen und Verwaltung

Die vorliegende Organisationsuntersuchung zeigt den Personalbedarf bei unverändertem Aufgabenspektrum, liefert aber kein vollständiges Bild. Vor dem Hintergrund hoher Schulden, Fachkräftemangel und begrenzter räumlicher Kapazitäten muss zunächst geklärt werden, welche Aufgaben die Gemeinde verpflichtend erfüllen muss, welche freiwilligen Leistungen überprüft werden sollten und welche Prozesse durch Digitalisierung, Standardisierung oder interkommunale Zusammenarbeit vereinfacht werden können. Ziel ist eine leistungsfähige, bürgernahe Verwaltung, die Mitarbeitende entlastet, Fachkräfte sichert und möglichst ohne teuren Rathausanbau im Bestand auskommt.

Für große Bau- und Investitionsvorhaben soll die Verwaltung frühzeitig externe Expertise einholen; zugleich wollen wir die ehrenamtliche Bürgerexpertise systematisch einbinden und wertschätzen. Transparente Entscheidungsgrundlagen, CO₂-orientierte Priorisierung, vorausschauende Finanzpolitik und moderne Arbeitsbedingungen sind Voraussetzung, damit die Wedemark als lernende Gemeinde handlungsfähig bleibt und künftige Fehlentscheidungen vermieden werden.

Wir setzen uns ein für

- eine langfristige Finanzplanung mit CO₂-Kopplung freiwilliger Leistungen und Erstellung kommunaler CO₂-Bilanzen.
- die Stärkung des Rechnungsprüfungsamts, Maßnahmen zur Reduktion von Kassenkrediten und eine transparente Finanzsteuerung.
- eine Verwaltungsmodernisierung: mehr mobiles Arbeiten mit klaren Rahmenbedingungen, eine Strukturreform und einen Gehaltsvergleich mit unseren Nachbarkommunen zur Fachkräftesicherung.
- eine Digitalisierungsoffensive (Formulare, Terminbuchung, BundID-Integration) und quartalsweise durchgeführte Bürgerdialoge mit verbindlicher Nachverfolgung der Ergebnisse.
- dauerhafte Einstellung von IT-Supportkräften, die unsere Schulen bei Einrichtung, Wartung und Betrieb digitaler Infrastruktur verlässlich unterstützen, um Unterrichtsqualität, Datensicherheit und Entlastung der Lehrkräfte sicherzustellen.
- Neuverschuldung für Investitionen nur, wenn die Kriterien für Erfolgskontrolle und Wirtschaftlichkeitsprüfung klar definiert, für die Bürger*innen transparent und nachweislich gewinnbringend sind.
- Externe Expertise, Beraterverträge und Outsourcing nur nach einer dreistufigen Prüfung:
 - o Können wir die Aufgabe selbst leisten?

- Der Auftrag muss klar, messbar und eindeutig formuliert sein.
- Es darf keine dauerhafte Abhängigkeit von externen Dienstleistern entstehen.

15. Umsetzung, Monitoring und Priorisierung

Wir legen besonderen Wert auf konkrete Umsetzungspläne, Priorisierung nach Klimawirkung, sozialen Kriterien und wirtschaftlicher Umsetzbarkeit sowie ein Monitoring, das Transparenz und Lernen ermöglicht. Nur mit messbaren Zielen und klaren Zeitplänen werden wir den Fortschritt sichern.

Wir setzen uns ein für

- eine Priorisierungsliste mit kurzfristigen (1–2 Jahre), mittelfristigen (3–5 Jahre) und langfristigen Maßnahmen.
- verbindliche Berichtspflichten, ein jährliches Monitoring der CO₂-Bilanz und Wirkungsindikatoren für Bildung, Gesundheit und Biodiversität.
- die Einbindung von Verwaltung, Bürgerschaft, wissenschaftlicher Expertise und Praxispartnern in Lenkungsgruppen zur koordinierten Umsetzung.

16. Schlussbemerkung

Unsere Ziele sind ambitioniert, aber umsetzbar: mit kluger Priorisierung, transparenter Haushaltsführung, bürgernaher Beteiligung und Partnerschaften mit lokalen Akteur*innen. Die Wedemark kann Vorreiterin für eine sozial-ökologische Gemeindeentwicklung sein — ökologisch resilient, sozial gerecht und demokratisch stärkend.

Wir setzen uns ein für

- eine nachhaltige, demokratische und sozial gerechte Umsetzung dieses Programms durch konkrete Pläne, regelmäßige Berichte und eine aktive Bürgerbeteiligung.